

Lehrkräfteverbände fordern zügig Verbeamtung

Bildung

Die Lehrkräfte sind das A und O für einen gelungenen Unterricht – doch zunehmend fehlen die Ausbildungskräfte.

Berlin hat im Wettbewerb um Pädagogen aktuell keine Chance, weil alle anderen Bundesländer mit dem Status locken.

Berlins fünf wichtige Schulleiterverbände – darunter die Vorsitzende der Vereinigung der Berliner Schulleiter in der GEW – haben sich gemeinsam für eine zügige Verbeamtung der Lehrkräfte in der Hauptstadt ausgesprochen. Der Lehrkräftemangel werde von Jahr zu Jahr größer und Berlin könne nicht mehr mit den andern Bundesländern konkurrieren, denn als letztes und einziges Bundesland sieht man hier von einer Verbeamtung ab. Das wirke sich aus – auch die neu ausgebildeten Junglehrer, die Studium und Referat in der Hauptstadt absolvierten, wanderten ab; entweder nach Brandenburg oder weiter weg. „Das sind ja junge Leute, die sind beweglich“, sagte Gunilla Neukirchen, Vorsitzende des GEW-Schulleiterverbandes.

Lehrkräfte seien wie „Goldstaub“, ergänzte Astrid-Sabine Busse, Vorsitzende des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen. „Aber Berlin ist so arrogant und meint: Berlin ist arm aber sexy. Das reicht.“ Tue es eben nicht.

Klassisch ausgebildete Lehrkräfte landen kaum noch in Berlins Schulen

Sven Zimmerschied vom Interessenverband Berliner Schulleitungen (IBS) machte konkret klar, [wie dramatisch aktuell die Lage ist](#). So habe man in Charlottenburg an keiner Sekundarschule ohne Oberstufe auch nur einen Laufbahnbewerber, also eine klassisch ausgebildete Lehrkraft, für das kommende Schuljahr ergattern können. In anderen Bezirken sähe es noch schlimmer aus. Und von den bislang eingestellten Grundschullehrkräften für das kommende Jahr haben berlinweit nur 13,6 Prozent klassisch das Lehramt absolviert.

Die Schulleiter hoffen nun auf die Zeit nach der Wahl. [Dann müsse die Wende kommen](#). Aktuell seien Politiker – außer von den Linken – bei dem Thema zwar im direkten Dialog verständnisvoll, trauten sich aber nicht, die Pro-Beamtenposition öffentlich zu vertreten. Senatorin Sandra Scheeres (SPD) hatte sich zuletzt für die Verbeamtung ausgesprochen. [„Wenn außer Berlin alle anderen Bundesländer verbeamten, muss die Politik sich der Realität stellen“](#), sagte sie. Aktuell scheitere das aber an den beiden Koalitionspartnern.

Kritischer sieht die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die Frage. „Die Verbeamtung löst noch kein Problem und schafft neue Ungerechtigkeiten“, sagte der Berliner GEW-Sprecher Markus Hanisch. Über ein Drittel der aktuellen Lehrkräfte könnten wohl nicht mehr verbeamtet werden. Man müsse stattdessen dafür sorgen, den Lehrerberuf attraktiver zu machen .